

Podiumsdiskussion: Kurswechsel gefordert

"Arbeit: Sicher und fair!" lautete das Motto einer öffentlichen Podiumsdiskussion der IG Metall Tauberbischofsheim in Kooperation mit dem DGB-Kreisverband Main-Tauber am Dienstagabend.

Autor: PETER D. WAGNER | 25.07.2013



1 von 2 Bei einer von SWR-Moderator Dr. Alexander Dambach (Zweiter von links) geleiteten Podiumsdiskussion äußerten sich (von links) IG-Metall-Bevollmächtigter Gerd Koch, Wirtschaftswissenschaftler Prof. Heinz Bontrup, Volker Bohn (Die Linke), MdB Alois Gerig (CDU), Dr. Dorothee Schlegel (SPD), Hans-Detlef Ott (Die Grünen) und Albrecht Rudolf (FDP) zu Themen der Arbeitsmarktpolitik. Foto: Peter D. Wagner

Mehrere hundert Besucher verfolgten die Podiumsdiskussion in der Tauberbischofsheimer Stadthalle mit den regionalen Bundestagskandidaten Dr. Dorothee Schlegel (SPD), MdB Alois Gerig (CDU), Hans-Detlef Ott (Bündnis 90 / Die Grünen), Volker Bohn (Die Linke) sowie Albrecht Rudolf, Vorsitzender der FDP-Kreistagsfraktion Main-Tauber in Vertretung für die Kandidatin der Liberalen, Ulrike Quoos. Weitere Mitglieder der Diskussionsrunde, die von SWR-Moderator Dr. Alexander Dambach geleitet wurde, waren Prof. Heinz Bontrup, Professor für Wirtschaftswissenschaft an der Westfälischen Hochschule am Campus Recklinghausen, und Gerd Koch, Erster Bevollmächtigter der Tauberbischofsheim IG-Metall-Verwaltungsstelle.

Bei der Podiumsdiskussion mit den Bundestagskandidaten aus der Region standen die Themen "Arbeitsbedingungen der Beschäftigten, berufliche Zukunftserwartungen und Anforderungen an die Politik", "Arbeitsmarktsituation, prekäre Arbeitsverhältnisse und Einführung flächendeckender Mindestlöhne" sowie "Rente mit 67 und Beibehaltung des jetzigen Rentenniveaus" im Fokus.

Einleitend stellte Koch wesentliche Ergebnisse einer Fragebogenaktion der IG Metall vor, bei der über 10 000 Bögen mit Fragen zu den genannten Schwerpunkten an Mitarbeiter von 25 Betrieben aus Main-Tauber- und Neckar-Odenwald-Kreis verteilt worden seien. Das aus den 43 Prozent Rückläufern gewonnene Meinungsbild habe der IG Metall gezeigt, wo die Sorgen und Erwartungen der Beschäftigten lägen.

Beispielsweise glaubten 46 Prozent nicht daran, dass sie ihre Arbeit bei gleichbleibenden Arbeitsbedingungen gesundheitlich aufgrund des immer größeren Leistungsdrucks bis zum gesetzlichen Renteneintrittsalter ausüben könnten. Darum forderte Koch "einen grundlegenden Kurswechsel von der Politik und den Unternehmen".

Zwar sei unbestritten noch nicht alles gut, die Arbeitnehmer seien arbeitsmarktbedingt jedoch zunehmend in einer besseren Situation, sich nicht alles gefallen lassen zu müssen, meinte Gerig, der den Gewerkschaften eine wichtige Rolle bei der Tarifautonomie zuschrieb. "Wer unseren Menschen im Ländlichen Raum Lohn und Arbeit gibt, das sind Mittelständler und Kleinunternehmer, die wir jetzt nicht in Allem schlecht reden können", gab er zu bedenken. "Auch in unserer Region gibt es viele Betriebe, die prekär Beschäftigte eingestellt haben und nicht die tariflich vereinbarten Löhne zahlen", entgegnete Koch.

Gerig stelle die Situation in Deutschland so gut dar, weil er die Misserfolge der Bundesregierung verkaufen müsse, kritisierte Bohn. "Wem geht es gut?", zweifelte er angesichts von Hartz IV, prekären Arbeitsverhältnissen und einer "Hire and fire"-Mentalität in vielen Großbetrieben an. Da die Arbeitskrise keine Zuspitzung der Finanzkrise sei, sehe er in einer gesunden Wirtschaftsdemokratie eine wichtige Säule der Gesellschaft.

Dass die Ergebnisse der Umfrage sie nicht überrascht habe, betonte Schlegel. "Wenn man gute, leistungskräftige Arbeitnehmer haben möchte, muss man als Arbeitgeber sichere Arbeitsplätze bieten", appellierte sie. Dazu zählten auch eine Kinderbetreuung, Entlastung bei der Pflege Angehöriger sowie Betriebsräte in Betrieben jeglicher Größe.

Wenn man sage, dass es Deutschland gut gehe, müsse man berücksichtigen, dass in der Wirtschafts- und Finanzkrise "Sozialismus für die Großen betrieben wurde" und auch die "Agenda 2010" zu einer größeren Wohlstandsschere geführt habe, kritisierte Ott. Das Versprechen im Kapitalismus, "Streng dich an, dann wird etwas aus Dir", gelte nur sehr begrenzt. Zum Schuldenabbau fordere er eine zeitlich begrenzte Vermögensabgabe.

Als Berufsschullehrer erlebe er, dass bereits Auszubildende sehr hohen betrieblichen Anforderungen ausgesetzt seien, berichtete Rudolf. Die Arbeitnehmer hätten das Recht auf gute Arbeitsbedingungen, insbesondere wenn man auf die wieder bessere konjunkturelle Lage schaue. "Man kann Politik nicht für alles verantwortlich machen, aber Politik muss entgegensteuern", betonte er.

"Die Umfrageergebnisse sind nichts Neues. Wenn man Volksvertreter einzeln dazu anhört, geben sie sich verständnisvoll für die Betroffenen, wenn man jedoch die Politik ihrer Parteien betrachtet, hat das eine mit dem anderen nichts zu tun", ging Bontrup scharf mit der Politik ins Gericht, der er zudem vorwarf, allenfalls Symptome zu bekämpfen. "Und wird nach Ursachen gefragt, kommen stümperhafte Antworten, wie etwa man müsse immer noch nur auf Wachstum ausgerichtet sein", betonte er. "Wenn wir nicht gesellschaftlich zur Vernunft kommen und nicht kollektiv die Arbeitszeit verkürzen, werden wir weiterhin Massenarbeitslosigkeit haben, und auch immer mehr Menschen, die für immer noch weniger Geld noch länger arbeiten müssen", warnte Bontrup.

Kontrovers und besonders heftig diskutiert wurde die Rente mit 67, gegen die sich von den fünf Politikern im Wesentlichen nur Bohn aussprach.

Umrahmt wurde die Veranstaltung von einer großen Roadshow vor der Stadthalle, bei der die IG Metall für ihre Ziele und für einen wesentlichen Kurswechsel warb. Für musikalische Unterhaltung sorgte die Band "Dicke Fische".